

## **Wahlprüfsteine Uni – Akademischer Senat Antworten SPD**

### **Studiengebühren**

*Werden Sie die Studiengebühren in der nächsten Legislaturperiode abschaffen?*

**Antwort:** Ja. Die Studiengebühren werden wir in der kommenden Legislaturperiode zurück nehmen.

*Falls Sie die Studiengebühren abschaffen werden, werden Sie die ausfallenden Mittel durch öffentliche Mittel ersetzen?*

**Antwort:** Die zum Teil mithilfe der Studiengebühren erzielten Verbesserungen bei den Studienbedingungen und der Betreuungssituation an den Hamburger Hochschulen sollen erhalten bleiben. Deshalb werden wir die Abschaffung der Studiengebühren im Rahmen einer Gesamtüberarbeitung des städtischen Haushalts in verantwortungsvoller Weise umsetzen und dabei eine Kompensation für die Hochschulen vornehmen.

### **Finanzierung der Hochschulen**

*Werden Sie die Finanzierung der Hamburger Hochschulen mindestens auf das Niveau des bundesdeutschen Durchschnitts heben?*

**Antwort:** Hamburgs Hochschulen müssen solide finanziert sein, damit sie in nationalen wie internationalen Vergleichen konkurrenzfähig sind. Wir werden Planungssicherheit für die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen herstellen, geknüpft an gemeinsam erarbeitete Ziel- und Leistungsvereinbarungen.

*Werden Sie den Charakter einer Volluniversität für die Universität Hamburg durch die Finanzierung sicherstellen?*

**Antwort:** Eine der Stärken der Universität Hamburg ist ihre Fächervielfalt. Diese Stärke gilt es zu erhalten und auszubauen. Der Charakter als Volluniversität darf deshalb nicht zur Disposition stehen, was sich auch in der Finanzierung widerspiegeln muss.

### **Hochschulstruktur**

*Planen Sie strukturelle Veränderungen für die Hamburger Hochschulen?*

**Antwort:** Hamburgs Hochschulen haben große und einschneidende Veränderungen hinter sich. Neben der Umstellung auf das Bachelor-Master-Studiensystem waren auch zahlreiche Organisationsveränderungen zu verkraften, wie z.B. die Gliederung der großen Hochschulen in Departments, die Neugründung der HafenCity-Universität oder auch die Integration der HWP in die Universität Hamburg.

Nicht jede dieser strukturellen Veränderungen waren im Sinne der SPD. Wir halten es aber auch nicht für richtig, in kurzen Zeitabständen strukturell einschneidende und zuweilen gegensätzliche Entscheidungen zu treffen. Die Hochschulen müssen zunächst einmal die Möglichkeit haben, sich in ihren jeweiligen Strukturen zu entwickeln, was eine spätere Evaluation und nachfolgende Optimierungen nicht ausschließt.

*Wie soll das HmbHG dahingehend überarbeitet werden, dass kollegiale Zusammenarbeit und demokratische Partizipation ermöglicht und gefördert werden?*

**Antwort:** Hochschulautonomie verlangt demokratische Strukturen in den Hochschulen. Wir werden mit der Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes den gewählten Hochschulgremien die Entscheidungskompetenz über grundlegende Fragen wie z.B. die Wahl der Hochschulpräsidenten und Kanzler zurück übertragen.

*Unterstützen Sie die Forderung, tarifliche Angelegenheiten (vom Personalamt) auf die Hochschulen zu übertragen?*

**Antwort:** Unser Ziel ist es, den Hochschulen so viel Eigenständigkeit wie möglich zu geben. In diesem Sinne werden wir den Vorschlag prüfen und gemeinsam mit den Hochschulen eine gute Lösung anstreben.

## **Studienbedingungen**

*Wie sieht ihr Modell des Hochschulzugangs aus?*

**Antwort:** Die Hamburgische Bürgerschaft hat vor zwei Jahren einstimmig beschlossen, dem „Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung“ zuzustimmen. Wir halten auch weiterhin grundsätzlich eine funktionierende bundesweite Koordinierung der Zulassungsverfahren für sinnvoll, damit wir das Problem der Mehrfachbewerbungen und infolgedessen zahlreicher nicht besetzter Studienplätze in den Griff bekommen.

Darüber hinaus wollen wir Hamburgs Hochschulen konsequent für Berufspraktikerinnen und -praktiker öffnen. Dazu gehört die Aufnahme von Anrechnungsregelungen von beruflichen Qualifikationen in die Prüfungsordnungen der Hochschulen, der Ausbau berufs begleitender Studiengänge sowie eine intensivere Information und Beratung. Moderne Hochschulen profitieren von der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung.

*Soll der Master-Abschluss zum Regelabschluss werden?*

**Antwort:** In einigen Studiengängen, wie z.B. Jura und Lehramt, ist dies bereits jetzt de facto der Fall. Darüber hinaus ist es unser Ziel, dass allen Bachelorabsolventen ein Masterstudiengang offen steht. Der Bachelorabschluss muss nach Möglichkeit tatsächlich berufsqualifizierend sein. Die Regelstudienzeit für das Bachelor- und das Masterstudium sollte deshalb künftig den inhaltlichen Anforderungen des Studienfachs flexibel angepasst werden.

*Soll gesetzlich ermöglicht werden, die BA/MA-Abschlüsse durch andere Abschlüsse zu ersetzen?*

**Antwort:** Viele Erwartungen an die Umstellung auf das Bachelor-Master-System haben sich nicht erfüllt. Die Bedingungen für Studierende und Lehrende sind nicht gut. Hier muss nachgesteuert werden. Die Entwicklung der vergangenen Jahre in Teilen umzukehren und BA/MA-Abschlüsse wieder durch andere Abschlüsse zu ersetzen, halten wir aber nicht für zielführend – insbesondere im Sinne einer besseren Vergleichbarkeit von Studiengängen und Abschlüssen im europäischen Raum herzustellen, wie es Ziel des Bologna-Prozesses ist.

## **Hochschulbau**

*Wie sieht Ihr Plan für die bereits beschlossene Sanierung und Erweiterung der Universität aus?*

**Antwort:** Ein SPD-geführter Senat wird ein verlässliches Programm zur baulichen Entwicklung auflegen, das sich an den Aufgaben der Universität in Lehre und Forschung orientiert und eine klare Perspektive mit Neubauten und einer raschen Modernisierung von wichtigen Gebäuden bietet. Ziel ist es, bauliche Entwicklungsmöglichkeiten für die Universität in Eimsbüttel zu skizzieren, die planungsrechtlich abgesichert sind, die zügig in Angriff genommen werden können und die zusätzliche Flächen für die Universität schaffen. Um die Akzeptanz der Hochschule im Stadtteil zu erhalten und zeitintensive planungsrechtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, setzen wir auf eine frühzeitige, intensive Bürgerbeteiligung.

*Wie viel Geld wollen Sie dafür zur Verfügung stellen?*

**Antwort:** Für die Sanierung und Erweiterung der Universität werden vermutlich Kosten im dreistelligen Millionenbereich entstehen. Die vom CDU-Senat in seinem Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Mittel für Baumaßnahmen an der Universität sind sicherlich nicht ausreichend. Wir werden die erforderlichen Finanzmittel im Rahmen der Gesamtüberarbeitung des städtischen Haushalts in verantwortungsvoller Weise planen und ein verlässliches Programm zur baulichen Entwicklung auflegen.

### **Wissenschaftsentwicklung**

*Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das Konzept der Nachhaltigkeit der Universität Hamburg zu unterstützen?*

**Antwort:** Ein wichtiger Faktor ist die Verlässlichkeit der Finanzierung der Universität Hamburg, die wir sicherstellen werden. Wir wollen Planungssicherheit für die Hochschulen herstellen, geknüpft an gemeinsam erarbeitete Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Eine verlässliche finanzielle Perspektive sehen wir als eine Grundvoraussetzung an, damit die Universität gute Chancen mit ihren Bewerbungen für die dritte Runde der Bundes-Exzellenzinitiative hat, zu denen auch das Zukunftskonzept als „Universität der Nachhaltigkeit“ gehört.